

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgeld), bei Zufendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die diergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 23.

Berlin, den 5. Juni 1910.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die wieder aufgenommenen Einigungsverhandlungen. — Zur Lebenshaltung der Maurer. — Warum wurde der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gegründet? — Vom Kampf im Baugewerbe. — Für den Kampffonds. — Rundschau: Schwindel...entlassen. Zunehmende Wohnungsnot im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Sozialpolitik für das Gastwirtschaftsgewerbe. Das Arbeiterinnenproblem. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Kreuzdorf. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

Die wieder aufgenommenen Einigungsverhandlungen.

Am Freitag, den 27. Mai, nachmittags 2 Uhr, wurden die Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien wieder aufgenommen. Dieselben fanden im Reichstagsgebäude statt. Als Unparteiische fungieren die Herren Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeldt, Gerichtsdirektor Dr. Brenner und Oberbürgermeister Dr. Bentler-Dresden.

Das erste Wiedersehen der Vertreter beider Parteien war kein freudiges. Die Wirkungen des Kampfes traten offensichtlich in die Erscheinung. Entweder eine frostige Begrüßung oder zugewandte Rücken. Die Situation der Arbeitgebervertreter ist nach Lage der Sache ja auch keine rosige. Sie können nicht bestreiten, daß die mit so vielem Pomp ins Werk gesetzte Ausperrung ihre Wirkung verfehlt hat. Besonders peinlich ist es für die von ihren Vertretern, die ihrem Uebermut allzu frei die Zügel schießen ließen. Den Arbeitervertretern steht der Groll über die vielen unmotivierten Behauptungen und Unterstellungen von Arbeitgeberseite im Gesicht zu lesen. Die Auseinandersetzung über eine solche unwahre Behauptung bildete das Präludium zu den Verhandlungen.

Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeldt eröffnete die Verhandlungen mit dem Hinweis auf die sechswöchige Dauer des Kampfes und auf die Schäden beiderseits, die ein solcher Kampf im Gefolge habe. Zahlreiche Interessenten von Arbeitgeberseite seien an die Regierung herantreten und hätten sie um die Einleitung einer neuen Vermittlung ersucht. Viele Arbeiterfrauen hätten sich an den Kaiser gemeldet. So habe die Reichsregierung sich für verpflichtet gehalten, die streitenden Parteien wieder zusammenzurufen, um zu versuchen, ob jetzt nicht eine Einigung möglich sei. Auf Anfrage hätten sich die beiderseitigen Vertreter zu Verhandlungen bereit erklärt.

Vor dem Eintreten in die eigentlichen Verhandlungen wurde von Arbeiterseite ein Flugblatt des Westpreussischen Arbeitgeberbundes, das wir an anderer Stelle zum Ausdruck bringen, zur Sprache gebracht, worin die Behauptung aufgestellt ist, die Verhandlungen fänden auf Wunsch der Arbeiter statt. Geheimrat Dr. Wiedfeldt erklärte, daß die Regierung von keiner Partei um Vermittlung angegangen worden sei, vielmehr vollständig aus eigener Initiative handle. Sie sei zuerst an die Arbeitgeber herantreten, die mit der Einleitung neuer Verhandlungen einverstanden waren, und dann an die Arbeiter. Oberbürgermeister Dr. Bentler und Herr Dr. Brenner erklärten ebenfalls, daß sie aus eigenem Anlaß ihre bekannten Aktionen eingeleitet hätten und von keiner der beiden Parteien dazu angegangen worden seien. Auf Anfrage von Arbeiterseite an die Arbeitgeber, ob sie bereit seien, die durch und durch unwahre Behauptung ihres westpreussischen Bezirksverbandes, die mit dem Namen des Bezirksverbandes gedeckt sei, richtig zu stellen, wurde geantwortet, daß den einzelnen Verbänden ein Bericht über die Verhandlungen zugehe, woraus diese sich unterrichten könnten, daß die Angabe nicht zutrefte.

Als Grundlage der Verhandlungen wurde das alte Tarifmuster genommen, womit beide Parteien sich einverstanden erklärten. Sie werden zu den einzelnen Paragraphen ihre Abänderungsanträge stellen.

Den ersten Verhandlungspunkt bildete wiederum der zentrale Vertragsabschluss. Die Arbeitgeber begründeten ihn mit der besseren Durchführung der Verträge. Die Arbeiter lehnen ihn aus den bekannten Gründen ab. Es war eine harte Stunde für Herrn Hartmann-Pöfen, als auf seine Begründung, warum die Arbeitgeber den zentralen Abschluss fordern, hingewiesen wurde. Diese besagt, daß der bisherige Vertrag keinen Passus enthalten habe, um bei irgendeinem Tarifbruch auf Arbeiterseite sämtliche Verträge sofort aufheben zu können. Herr Baurat Entke-Leipzig, der Wortführer der Arbeitgeber, erklärte, es sei für den Arbeitgeberbund nicht maßgebend, was von un-

verantwortlichen Personen getan oder geschrieben würde. Gewiß, das ist richtig, aber nötig wäre es gewesen, diese „unverantwortlichen“ Personen dann sofort zur Ordnung zu rufen. Wenn unwahre Behauptungen ihre Wirkungen zum Schaden des Gegners getan haben, dann ist es sehr billig, zu erklären, das ist für uns nicht maßgebend. Wir nehmen an, daß die jetzige Kur manchen Arbeitgeberführer zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung im Aufstellen von Behauptungen veranlassen wird. Eine Einigung über den genannten Punkt wurde nicht erzielt, da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharren.

Die einzelnen Paragraphen werden sodann der Reihe nach verhandelt. Wir können auf eine ausführliche Berichterstattung um so eher verzichten, da wesentlich neue Momente nicht zutage gefördert wurden, die Gründe der Parteien aber allen unseren Mitgliedern bekannt sind. Neu war bei der Arbeitsnachfrage, daß von Arbeitgeberseite die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß die Arbeitgeber, die sich in der jetzigen Bewegung besonders hervorgetan hätten, von den Arbeitern gemahregelt werden sollten. Privatim wurde uns gesagt, daß unsere Essener Mitglieder einen derartigen Beschluß gefaßt haben sollten. Auf unsere telegraphische Anfrage wurde uns die Antwort zuteil, daß weder ein derartiger Beschluß gefaßt, noch auch nur ähnliches in der Versammlung zur Sprache gekommen sei. Den Arbeitgebern wurde erklärt, daß wenn sie die Garantie ebenso übernehmen, daß keine Arbeiter mehr gemahregelt werden, wie die Arbeiter dafür garantieren, daß kein Unternehmer boykottiert wird, manches besser werden würde. Ueber keine einzige der bekannten Streitfragen wurde eine Einigung bis Sonnabendabend erzielt. Nur über die Lohnzahlung und über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses wurde, wie schon früher, ein Einverständnis herbeigeführt. Ueber die Errichtung einer zentralen Schlichtungsinstanz ist man sich im Prinzip einig, nur über die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Form nicht. Eine ausgedehnte Debatte entstand über die Frage, wie die Verhandlungen über die örtlichen Zusätze wie Lohnhöhe, Arbeitszeit usw. vor sich gehen sollen. Sie zeigte eine erhebliche Verwirrung auf Arbeitgeberseite, die sich über ihren Antrag, nach ihren Bezirksverbänden zu verhandeln, selbst nicht klar sind. Es wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die Arbeiter sich darauf nicht einlassen. Diese bestehen auf örtliche Verhandlungen, bezw. nach wirtschaftlich zusammenhängenden Interessengebieten. Die Mitwirkung der örtlichen Parteien muß gesichert werden. Die übrigen Fragen, wie die der Lohnmethode, Akkordarbeit, Arbeitsnachweis und der bereits oben erwähnte zentrale Vertragsabschluss blieben strittig.

Auf Vorschlag der Unparteiischen stellten diese nunmehr die strittigen Punkte zusammen, und wurden diese mit den Leitern der einzelnen Organisationen am Montag, den 30. Mai, bei Schluß der Redaktion, einer genauen Durchsicht unterzogen. Am folgenden Dienstag hat alsdann die zweite Lesung der Streitfragen begonnen. Die Parteien werden sich nunmehr über die einzelnen Streitfragen schlüssig werden. Sollte auch jetzt keine Einigung möglich sein, werden die Unparteiischen den Parteien Vermittlungsvorschläge unterbreiten. Schiedsprüche dürften über die Hauptstreitfragen nicht gefaßt werden. Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen ist wenig Aussicht für eine Einigung vorhanden. Die Arbeitgeber wollen auf ihre Forderungen nicht verzichten, die Arbeiter lehnen diese nach wie vor mit aller Entschiedenheit ab. Und darin wird auch in Zukunft keine Änderung eintreten.

Zur Lebenshaltung der Maurer.

Die „Baugewerkszeitung“, deren Herausgeber Herr Bernhard Felisch, der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes f. d. B., ist, veröffentlicht unter obiger Überschrift in ihrer Nr. 41 vom 21. Mai einen Aufsatz, in welchem der Beweis erbracht werden soll, daß unsere Maurer in der Lage sind, ein gutes Leben führen zu können, daß ihr Einkommen so gestellt sei, daß sie ihre Bedürfnisse reichlich befriedigen könnten. Um ihre Behauptung glaubwürdig zu gestalten, macht die „Baugewerkszeitung“ diesmal in „Statistik“. Als Unterlage für ihre „Beweisführung“ benutzt sie eine Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die unter dem Titel „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich“ 1909 erschienen ist. An und für sich wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen haben, wenn die „Baugewerkszeitung“ ihre Behauptungen mit Zahlenmaterial zu beweisen sucht. Auch wir haben gegen eine solche Beweisführung nichts, wenn dieselbe auf ehrlichem Wege erfolgt. Aber die Beweisführung der obigen Zeitschrift ist nicht ehrlich, sie ist nur

bazu berechnet, die öffentliche Meinung irrezuführen. Wir halten es daher für erforderlich, das Beweismaterial, ober besser gesagt, die Art der Anwendung dieses Materials, näher zu beleuchten. Wenn wir die beliebte Beweisführung als nicht ehrlich bezeichnen, dann deshalb, weil mit den angeführten Zahlen der Schein erweckt wird, als handelte es sich um den Arbeitsverdienst des Mannes, was aber nicht in einem einzigen, der von der „Baugewerkszeitung“ angeführten Fälle zutrifft.

Die „Baugewerkszeitung“ greift aus den 41 Maurerfamilien, welche auf Wunsch des Kaiserlichen Statistischen Amtes Haushaltungsbücher führten, 13 Familien heraus und führt ihren Lesern die Ausgaben dieser 13 Familien vor Augen, um damit zu beweisen, wie glänzend es um den Verdienst eines Maurers gestellt ist. Woher die Einnahmen stammen, worauf sich die Ausgaben aufbauen, daran stört sich die „Baugewerkszeitung“ gerade so wenig, wie an die Feststellung, wie hoch der eigentliche Verdienst des Mannes aus seiner beruflichen Beschäftigung ist. Und doch wäre es ein so leichtes gewesen, den Lesern der „Baugewerkszeitung“ volle Klarheit zu verschaffen. Das Kaiserliche Reichsstatistische Amt führt in dem bezeichneten Werke selbstverständlich zunächst die Einnahmen der Familien an. Diese verteilen sich auf folgende 7 Posten: 1. Arbeitsverdienst des Mannes, 2. Nebenarbeit des Mannes, 3. Einnahmen der Ehefrau, 4. Beitrag der Kinder, 5. Untervermietung, 6. Sonstige bare Einnahmen, 7. Naturaleinnahmen. Wir werden daher in der Statistik, welche wir unten anführen, die Einnahmen in zwei Rubriken anführen, und zwar in der ersten den unter 1 angeführten Arbeitsverdienst des Mannes, und in der 2. die Einnahmen aus 2 bis 7. Ehe wir jedoch die Statistik anführen, sei es uns gestattet, noch auf ein anderes Mandat der „Baugewerkszeitung“ zu verweisen. In Hamburg haben 18 und in Dresden 6 Maurer Haushaltungsbücher geführt. Das Arbeitgeberorgan führt aus diesen Städten nur je eine Maurerfamilie in seiner Statistik an. Der objektive Beurteiler würde nun die Durchschnittsausgabe dieser 18 resp. 6 Familien angeführt haben, oder wenigstens eine Familie gewählt haben, welche der Durchschnittsziffer am nächsten stand. Die „Baugewerkszeitung“ stört sich nicht an diese allgemeine Regel, sie wählt für Hamburg eine Familie mit 2510,81 Mk. Ausgabe, obgleich die Durchschnittsausgabe der 18 Familien 2430,13 Mk. beträgt. Bei den 6 Dresdener Familien macht sie sich die Sache noch einfacher, indem sie sich diejenigen Familien herausgreift, welche mit der Summe von 2106,47 Mk. als den höchsten Ausgaben verzeichnet steht, während die Durchschnittszahl hier 1840,23 Mk. beträgt.

Doch lassen wir jetzt die Statistik reden. Wir bemerken, daß es sich bei unserer Aufstellung um dieselben 13 Familien handelt, welche das Organ des Herrn Felisch seinen Lesern vorführte. Wir führen die Orte nicht nach dem Alphabet an, sondern wählen dieselbe Reihenfolge, wie sie die „Baugewerkszeitung“ beliebt.

Ort	Zahl der Familienmitglieder	Einnahmen		Gesamt- ausgaben	Ueber- schuß oder Fehl- betrag
		Arbeits- verdienst des Mannes	Sonstige Ein- nahmen		
Schöneberg . . .	3	1491,10	278,52	2084,31	- 314,69
Dreslau	7	1352,06	21,05	1402,58	- 29,47
Cassel	5	1320,-	377,70	1743,85	- 46,15
Frankfurt a. M. . .	5	1465,71	49,80	1539,74	- 24,23
Barmen	6	1184,-	530,50	1855,07	- 140,57
Düsseldorf	5	1211,70	63,-	1643,57	- 368,87
München	7	1342,50	48,34	1438,03	- 47,19
Rüthenberg	6	1577,85	570,55	2124,88	+ 23,62
Dresden	4	1270,08	767,84	2106,47	- 68,55
Chemnitz	4	1007,04	209,56	1236,84	- 20,24
Lübeck	4	1418,70	139,20	1663,38	- 105,48
Hamburg	7	1549,02	1049,74	2510,81	+ 81,95
Strasbourg	5	1446,80	-	1408,59	+ 38,21

Diese Statistik ist in verschiedener Hinsicht interessant. Zunächst beweist uns dieselbe, daß von den 13 Familien 12 einen Nebenverdienst, welcher sich in der Hauptsache aus Frauen- und Kinderarbeit, sowie aus Untervermietung ergibt, haben. Dieser Nebenverdienst beträgt bei den 13 Familien (eigentlich ja nur 12, doch wir verteilen denselben auf die 13 in der Statistik angeführten Familien) die Summe von 4099,80 Mk. = 315,37 Mk. auf die Einzelfamilie. Es geht weiter aus der Statistik hervor, daß von den 13 Familien in 10 Fällen die Ausgabe die Einnahme übersteigt und zwar um eine Gesamtsumme von 1165,34 Mk. = 116,53 Mk. auf die Einzelfamilie. Nehmen wir nun die 315,37 Mk. Nebenverdienst, und die 116,53 Mk., um welche die Unterhaltung der Familien die Einnahme aus dem Verdienst des Mannes um 431,90 Mk. übersteigt. Diesen Mehrausgaben steht allerdings in drei Familien auch eine Ersparnis von 143,68 Mk. = 11,05 Mk. auf die Einzelfamilie gegenüber.

Wie angesichts dieser Tatsache die „Baugewerkszeitung“ noch schreiben kann:

„Entsprechend der günstigen wirtschaftlichen Lage der Maurer brauchen die Frauen nur wenig mitzuerwerben“, verstehen wir nicht. Betrachtet es die „Baugewerkszeitung“ denn wirklich als eine günstige wirtschaftliche Lage, wenn in jeder der 13 Familien 431,90 M durch Frauen- und Kinderarbeit oder durch Untervermietung erworben werden muß? Hat die „Baugewerkszeitung“ noch nicht davon gehört, daß die gewerbliche Frauenarbeit in den meisten Fällen zum Ruin eines geordneten Familienlebens führt? Ist ihr nicht bekannt, daß gerade in solchen Familien, wo die Frau auf gewerbliche Arbeit angewiesen ist, die Pflege und die Erziehung der Kinder fast alles zu wünschen übrig läßt? Ist weiter der „Baugewerkszeitung“ nichts von dem sittlichen Elend bekannt, welches sich so häufig als Begleiterscheinung der Untervermietung bemerkbar macht? Bei gutem Willen könnten die Männer an der „Baugewerkszeitung“ das alles wissen, uns will aber scheinen, sie wollen es nicht wissen, weil es nicht in ihren Kram paßt.

Das durchschnittliche Monatseinkommen der in obiger Statistik angeführten Maurer beträgt 118,05 M, es stehen also 6,82 M für den täglichen Haushalt aus dem Verdienst des Mannes zur Verfügung. Dabei ist zu bemerken, daß die angeführten Städte zu jenen gehören, wo die höchsten Löhne gezahlt werden. Die Mehrzahl der baulichen Bauarbeiter reißt an diese gar nicht heran, ja bis zu den halben Stundenlohnsätzen von den oben angeführten gehen die ihrigen teilweise herab. Das also sind die „hohen“ Löhne, um die die Bauarbeiter von anderen Ständen, ja sogar von Assessoren und Offizieren „beneidet“ werden, wie kürzlich die gleiche „Baugewerkszeitung“ schrieb. Wie lange wagt es noch das Blatt, die Öffentlichkeit in so standardsicher Weise irrezuführen? Wenn etwas durch die Arbeit des Kaiserlich Statistischen Amtes erwiesen wird, dann ist es das, daß der heutige Lohn der Bauarbeiter ein zu niedriger ist.

Warum wurde der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gegründet?

Diese Frage behandelt die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer 21 vom 19. Mai. Warum das gerade in gegenwärtigen Stadium geschieht, muß einigermaßen verwundern. Denn die Bundesmitglieder sollten doch hinreichend von den Segnungen des Arbeitgeberverbandes überzeugt sein. Zwar ist ja das mit dem 1. April 1910 erwartete Paradies nicht eingetroffen, aber man ist doch mit den besten Absichten dabei, es zu „verwirklichen“. Hat sich nun plötzlich ein Haat in der Mutter gezeigt, daß das doch nicht so einfach ist, und daß auch in Zukunft nicht Wasser gekocht werden muß? Es scheint so, ja es liegt sogar der Verdacht sehr nahe, daß viele Arbeitgeberkreise nicht mehr an den Bund glauben wollen. Wir würden offen gestanden das bedauern, denn zu einer durchgreifenden Tarifpolitik gehören gesunde und starke Organisationen. Nur was wir wünschen, ist, daß der Bund vernünftig geleitet wird, daß er jede unnötige Scharfmacherei vermeidet, und sich nicht in Forderungen verbeißt, die den Zweck der Tarifverträge in das gerade Gegenteil verkehren und für die Arbeiter einfach unannehmbar sind. Was wir den Arbeitgebern nicht zumuten würden, damit soll man auch uns verschonen.

Warum ist nun der Arbeitgeberbund f. d. B. gegründet worden? Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ beantwortet die Frage dahin: „um sich (der Arbeitgeber) ihr gutes Recht auf den Baustellen zu erhalten oder wiederzuerlangen, was bereits davon verloren war“. Alle anderen Gründe, wie Vernichtung der Arbeiterorganisation oder Auffaugung der kleinen Geschäfte seien nicht stichhaltig. Daß der Arbeitgeberbund seine Spitze nicht gegen die Arbeiterorganisationen richten soll, daran glauben wir bei der heutigen Bundesleitung nicht. Dafür rebet der gegenwärtige Kampf eine viel zu deutliche Sprache. Die Arbeiterorganisationen sollen zur Ohnmacht herabgedrückt werden, um ihnen dann seinen Willen aufzwingen zu können. Anstatt Organisationen zugunsten der Arbeiter zu sein, sollen sie in den Dienst der Unternehmer gepreßt werden. Die augenblicklichen Streitfragen betreffen das nur zu deutlich. Das nebenbei gesagt.

Interessant und bezeichnend sind nun die „Beweise“, die die „Rh.-W. Arbeitg.-Ztg.“ für ihre Behauptung, daß das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitgeber auf der Baustelle gefährdet war, beibringt. Als „Ereignisse vor und unter Kollegen“ werden sie angeführt, Namen und nähere Zeitangabe aber verschwiegen, so daß eine Nachprüfung nicht möglich ist. Da marschiert zuerst ein Maurer auf, der seinen Kopf auf die Mauer hängt, wo etwas Teer drauf fließt, da die Dachbeder oben beschäftigt sind, und nun diesen bezahlt verlangt. Die übrigen Maurer unterstützen ihn, indem sie in der Bude sitzen bleiben, und verlangen dann diese von dem Unternehmer, als er sich bereit erklärt hat, den Kopf zu bezahlen, daß er nun auch noch die Zeit, wo sie nicht gearbeitet haben, entzahlt. In einem zweiten Falle will ein Unternehmer einen Maurer, der einen Bogen in der Vorderfront nicht richtig ausgeführt, an die Mittelwände schiden. Sein Nebenmann widersetzt sich dem, und der Unternehmer konnte es nicht wagen, seinen Willen durchzusetzen. Einem anderen Unternehmer erklärte ein „Saulenzer“, den er entlassen wollte, „entlassen Sie mich nur mal, ich bin im Verband“. Der Unternehmer nickte zusammen. Auf einem Bau, wo das Bauholz vermittelte Pferd hochgezogen wurde, lassen die Arbeiter, als es 12 Uhr war, den Zug aus halber Höhe wieder herunter, obwohl nur noch zwei Büge hochgezogen zu werden brauchten. Wegen knapp zehn Minuten Arbeit mußte der Fuhrmann und Pferd nachmittags noch einmal antreten.

Wie wir bereits sagten, sind diese Angaben nicht nachzuprüfen, da Namen und Zeitangabe fehlen. Deshalb sind auch starke Zweifel daran zu setzen. Aber wenn sie wahr wären, und möglich ist das ja immerhin, so wird damit doch nichts gegen die Arbeiterorganisationen bewiesen, denn diese waren ja gar nicht beteiligt. Bewiesen würde höchstens, wie es nicht sein soll, und was wir nicht billigen. Aber demgegenüber könnten wir zahllose Fälle anführen, wo Unternehmer die Arbeiter ungerecht behandelten, und sich die unerhörtesten Uebergriffe zuschulden kommen ließen. Recht hat die „Rh.-W. Arbeitg.-Ztg.“ mit den Verurteilungsfällen seitens „frei“ Organisierter gegen Anders-

oder Nichtorganisierte. Diese Fälle kommen ja selbst jetzt während der Aussperrung vor, wie wir in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ von Krefeld berichten mußten. Wir könnten noch mehr Fälle anführen. Es ist ungerrecht, den Arbeitgeber wegen dem Organisationsverhältnis der Arbeiter leiden zu lassen, und ist auch wegen dem dadurch gegebenen Beispiel sehr unbillig und kurzichtig. Wie sehr sich das rächt, dafür bietet die gegenwärtige Bewegung ein genügendes Beispiel und hindert, daß manche Preise nicht mit jener warmen Sympathie auf Seiten der Arbeiter stehen, wie das wünschenswert wäre. Daß die Arbeitgeber gegen solche Uebergriffe Schutz suchen, das verwerfen wir ihnen am allerwenigsten.

Trotz alledem wäre es ein arges Armutszeugnis, wenn lediglich aus den von der „Rh.-W. Arbeitg.-Ztg.“ angegebenen Gründen der Arbeitgeberbund f. d. B. entstanden wäre. Wir haben immer die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen als ein Produkt unserer Wirtschaftsentwicklung betrachtet. Sie sind eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Zudem kommen für eine Ständesorganisation viel tiefere und weitgehendere Fragen in Betracht, als wie bloß lediglich irgendeine Gegnerschaft, in diesem Falle gegen die Arbeiter. Selbstzweck muß eine Organisation sein, will sie lebensfähig bleiben. Wir glauben daher nicht, daß die angegebenen unkontrollierbaren Vorkommnisse der wahre Grund für die Existenz des Arbeitgeberbundes sind. Dadurch könnte höchstens bewiesen werden, daß, und zwar auf beiden Seiten, noch viel Erziehungsarbeit geleistet werden müßte, um das gegenseitige Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer zu einem harmonischeren zu gestalten, und das Rechts- und Pflichtbewußtsein schärfer auszubilden. Die Ausführungen der „Rh.-W. Arbeitg.-Ztg.“ sind uns zuviel auf den Ton gestimmt, der uns in der letzten Zeit in allerhand Bekanntmachungen des Arbeitgeberbundes entgegentrat. Wir können daher nichts weiter darin erblicken, wie eine kleine Hezerei gegen die Arbeiter, und um die eigenen Mitglieder bei der Stange zu halten. Dazu kommt noch etwas anderes. Es ist bezeichnend und bemerkenswert, wenn man folgende Ausführungen gegen die christlichen Gewerkschaften liest:

„Wir „Christlichen“ sind doch bessere Menschen, wie die „Koten“, sagten sich die „Christlichen“, und man hatte es auch allgemein angenommen. Sehr bald mußte man aber erfahren, daß dies nicht der Fall war, und gerade die „Christlichen“ die radikalsten Forderungen stellten. Sie verrieten auch sehr bald ihre wahre Gesinnung. Das mußte ein Arbeitgeber in Bochum erfahren. Dort wurde in einer Schreinerversammlung von einem Redner wirklich gesagt, daß die Arbeiter allein das Recht hätten, über Löhne, Arbeitszeit, Verhalten im Betriebe usw. zu bestimmen. Als hierauf der Vertreter des Arbeitgebers erwiderte, daß nach diesen Meinungen der Arbeitgeber wohl nur das Recht habe, für Arbeit und Geld zu sorgen, die Verbände dagegen alles andere zu bestimmen hätten, wurde von allen Seiten gerufen, diese Auffassung sei ganz richtig; würden die Arbeiten dabei nicht gut ausgeführt, dann sollte der Unternehmer mehr Beamte anstellen. In dieser Versammlung vertrat also die christlichen Verbände denselben sozialistischen Standpunkt, wie auch die Sozialdemokraten selbst. Bewiesen ist, daß bei der Stellung von Streikposten das Verhalten der „Christlichen“ viel gewöhnlicher ist, wie das der „Koten“.“

Sind das auch noch „Gründe“, warum der Arbeitgeberbund f. d. B. geschaffen werden mußte? Warum diese unmotivierten Behauptungen gegen uns? Sie tragen doch den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn. Sogar auf die Dörfer mußte Herr Schmiedehaus gehen, um einen Angriffspunkt gegen uns zu finden, er mußte bei den Holzarbeitern suchen, um die Arbeitgeber im Baugewerbe gegen uns aufheben zu können. Ein ernsthafter Redakteur sollte sich schämen, derartige leichtfertige Behauptungen in die Welt zu setzen. Herr Schmiedehaus wird zu beweisen haben, wann und in welcher Versammlung des christlichen Holzarbeiterverbandes derartige gesagt worden ist. Ebenso einzuschämen ist die weitere Behauptung:

„Alle paar Tage erschien ein sogenannter Organisationsführer auf der Baustelle, um wieder neue Wünsche, richtiger gesagt Forderungen, vorzubringen mit der Erklärung, daß er keine Verantwortung dafür übernehmen könne, wenn der Bau gesperrt würde, falls die Wünsche nicht erfüllt würden.“

Herr Schmiedehaus ist mehr als politisch wie aus wirtschaftlichen Gründen Gegner der christlichen Gewerkschaften. Aus mancherlei Beobachtungen heraus war auch zu entnehmen, daß er bestimmten politischen Ereignissen und einer bemerkbaren politischen Entwicklung im Industriegebiet sich nicht entziehen kann. Er hat den nationalliberalen Redakteur in seiner neuen Tätigkeit nicht ganz abstreifen können. Es fragt sich nun, ob alle Arbeitgeber damit einverstanden sind, daß Herr Schmiedehaus seine aus politischen Gründen bestehende Gegnerschaft gegen die christlichen Gewerkschaften, die er fälschlicherweise als im Dienste einer bestimmten politischen Partei stehend betrachtet, auch auf das wirtschaftliche Gebiet überträgt. Das möchten wir doch bezweifeln. Mag er sonst mit den Sozialdemokraten charmiert, das ist kein Privatvergnügen, in seiner Stellung als bezahlter Geschäftsführer der Bauarbeiter aller bürgerlichen politischen Schattierungen, hat er auch die Arbeiterorganisationen gleichmäßig zu behandeln. Und mehr verlangen wir nicht. Wir halten uns für verpflichtet, die Arbeitgeber, soweit sie sich nicht zu der Partei des Herrn Schmiedehaus rechnen, auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, da sonst ihr politisches Interesse, das sie trotz des gegenwärtigen Kampfes mit Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften verbindet, Schaden leiden könnte.

Vom Kampf im Baugewerbe.

Die „Millionen“ der Industrie.

Ohne Zweifel hat sich mancher Bauunternehmer durch die Phantasien der Scharfmacher mit den Millionen der Industrie zur Aussperrung verleiten lassen. Desto größer dürfte nun die Enttäuschung sein, nachdem bekannt wird, welche Summen die Industrie eigentlich zur Verfügung gestellt hat, und wie die Verteilung vor sich gehen soll. Der Arbeitgeberbund f. d. B. hat an seine Unterverbände folgendes Handschreiben verschickt:

Vorschritten für die Einreichung von Unterstützungsge suchen.

A. Für Agitationszwecke stehen 30 000 M zur Verfügung.

Diese sind aber von dem Unterstützungsamt des Bau- und Industrieauschusses nur für solche Bezirksverbände vorgesehen, wo die Aussperrung nicht vollständig gelungen ist, und wo nach Ansicht dieses Ausschusses noch eine besondere Agitation zur Verallgemeinerung der Aussperrung nötig ist.

Gesuche sind zu begründen und durch Nachweise der entstandenen Kosten zu belegen. Wird ein Anspruch erhoben, so ist die Rechnung vom Orts- und vom Bezirksverband zu beglaubigen. Wir machen aber von vornherein darauf aufmerksam, daß solche Gesuche nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn durch die Agitation die Aussperrung aufrechterhalten, bzw. verallgemeinert werden kann.

B. Für Unterstützungs zwecke stehen vorläufig 100 000 M zur Verfügung.

Unterstützungen sollen grundsätzlich nur in solchen Fällen gewährt werden, wenn durch Bewilligung der Mittel die Aufrechterhaltung oder die Verallgemeinerung der Aussperrung gewährleistet wird, und ferner zur Unterstützung wirklich notleidender Kollegen oder uns helfender anderer Unternehmer, z. B. Zuhelfene, Ziegler usw., aber auch nur dann, wenn hierdurch die Sperre aufrechterhalten, bzw. verallgemeinert werden kann.

Gesuche auf Unterstützung haben nur dann Aussicht auf Berücksichtigung, wenn sie folgenden Anforderungen genügen. Sie müssen enthalten:

- 1. Das Gesuch der betreffenden zu unterstützenden Firma mit Darstellung der Sachlage.
2. Ein Gutachten des betreffenden Verbandes bzw. seines preisenden Kontrollausschusses.
3. Eine Einverständniserklärung bzw. ein Gutachten des Bezirksverbandes.

Nur wenn diese Anforderungen erfüllt sind, kann der Bund das Gesuch an den Kartellauschuss der Industrieverbände weitergeben. Der Kartellauschuss behält sich die Berücksichtigung vor und zahlt dann direkt an die zu unterstützende Firma.

Hieraus geht hervor, daß keine Aussicht auf Bewilligung sogenannter Dispositionsfonds, Vorschüsse, Darlehen und dergleichen besteht. Gesuche, die mit Umgehung der Orts- oder Bezirksverbände an den Bundesvorstand gelangen, haben keine Aussicht auf Erfolg, sondern werden zunächst zurückgeschickt.

Ganz unzulässig ist, daß sich Mitglieder, Orts- oder Bezirksverbände direkt an den Verein Deutscher Arbeitgeber oder an Herrn Dr. Grabenstedt wenden.

Es ist wohl selbstverständlich, daß die vorhandenen Mittel allen Bezirken gleichmäßig zugute kommen müssen, vielleich nach Maßgabe der Zahl der ausgesperrten Arbeiter.“

Das ist ja jämmerlich! Wird das lange Gesicht abgeben! Besonders bezeichnend ist, daß nicht der Arbeitgeberbund die Bewilligung und Auszahlung der Unterstützung an die Bauunternehmer vornehmen darf, sondern dieses Recht sich der Kartellauschuss der Industrieverbände vorbehält. Und da wollen die Herren noch bestreiten, der Arbeitgeberbund sei nicht kostgänger der industriellen Scharfmacher geworden? Und diese lumpige Summe loszubringen, war gar noch nicht einmal so einfach, wie folgender Brief des Herrn Fritz beweist:

Essen, den 6. Mai 1910.
Herrn Kommerzienrat Mendt
Hochwohlgebornen
Altona.

Sehr geehrter Herr Kommerzienrat!

Die in der Kartellauschussitzung am 3. vorigen Monats seitens des Herrn Direktors Grebe-Büsseldorf und des Herrn Kommerzienrats Stark gemachten Ausführungen über die Aussperrung im Baugewerbe dürften den vor Beginn der Aussperrung festgestellten Bedingungen nicht entsprechen. Ganz abgesehen davon, daß auch von den genannten beiden Herren zweifellos anerkannt ist, daß die Durchführung einer Aussperrung im Baugewerbe nicht so einfach ist, wie bei großen Werken und Betrieben, müssen wir aber feststellen, daß von Anfang an sowohl seitens der Hauptstelle als auch des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände höhere Anforderungen nicht gestellt wurden. Wir bemerken ergebenst, daß in der Ausschusssitzung am 19. vorigen Monats und in der darauf folgenden Besprechung in kleiner Kommission zwischen Hauptstelle und Verein ausdrücklich gesagt wurde, daß, wenn es sich um eine Aussperrung von 150 000 bis 200 000 Arbeitern handeln würde, die Aussperrung als gelungen angesehen könnte. Durch den Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist aber in der Vorstandssitzung am 24. vorigen Monats einwandsfrei festgestellt worden, daß die Aussperrung bereits eine Höhe von 186 000 erreicht hatte, und daß sie während der Zeit nicht nur stabil geblieben ist, sondern daß weitere 10 000 bis 20 000 Arbeitnehmer nachträglich ausgesperrt wurden, so daß heute die runde Zahl von 200 000 erreicht ist. Nach unserem Dafürhalten wird auch, wenn heute eine kräftige Unterstützung sowohl in finanzieller als moralischer Beziehung, seitens der Industrie einsehen und die seinerzeit von der Industrie im Kartellauschuss in Aussicht genommene Preiskommission ihre volle Tätigkeit entfalten würde, die Aussperrung sich weiter und weiter vergrößern.

Von dem unterzeichneten Vorsitzenden wurde auch in der Kartellauschussitzung am 4. vorigen Monats betont, daß weitere Baugewerbetreibende, wie Stukkateure und Dachbeder, im hiesigen Bezirk in den Zustand getreten sind, und daß somit die Zahl von 200 000 noch überschritten ist.

Um nun dem Abfallen einzelner vorzubeugen, und vor allen Dingen, um die Aussperrung zu vergrößern, ist nunmehr die aktive Unterstützung der Industrie sowohl in moralischer als finanzieller Beziehung unbedingt erforderlich. Wir richten daher die dringende Bitte an Ew. Hochwohlgebornen, bei der Hauptstelle in diesem Sinne vorstellig zu werden und nunmehr der Öffentlichkeit gegenüber die finanzielle Unterstützung in Zahlen zu kleiden, welche den Beweis liefern, daß sie voll und ganz unterstützen, und daß die Erklärung vom 19. vorigen Monats auch in die Tat umgesetzt ist.

Ein Zurückziehen der Industrie, wie es seitens der Hauptstelle in der letzten Kartellauschussitzung der Fall zu sein schien, dürfte nicht nur dem Baugewerbe, sondern auch der Industrie für die Folge großen Schaden bringen. Unseres Erachtens ist es heute die geeignete Zeit, nunmehr die Unterstützung im richtigen Lichte zu zeigen.

Wir hoffen, daß Ew. Hochwohlgebornen diese Anregung unsererseits auch so aufnehmen, wie sie beabsichtigt ist, und fügen noch gleich hinzu, daß wir von der tatsächlichen Wilscht Ihrer Person, uns in jeder Weise zu unterstützen, vollauf überzeugt sind.

Mit vorzüglichster Hochachtung
Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.

gez.: Carl Fritz, Vorsitzender.
Sich so zu demütigen! Damit vergleiche man die sonstigen Großpredereien und Scharfmachereien. Besteres ist freilich leicht, wenn man nichts auf Spiel zu setzen hat. Die Industriellen sind aber anscheinend nicht so leichtfertig und vertrauensselig. Wie sagten früher schon, daß diese gute Redner sind und lieber die Faust auf den Beutel halten, als wie sie für eine verlorene Sache zu opfern. Ob Herr Fritz jetzt auch noch so begeistert für die Industrie ist? Jedenfalls wird er dem Hamburger Herrn recht geben, der nicht so ohne weiteres an diese Unterstützung glauben wollte.

Ungefehllichkeiten über Ungefehllichkeiten.

Die Zwangsinnung der Zimmerer in Essen teilt ihren Mitgliedern folgendes mit:

„Sant Einigungs- und Innungsbeschluss ist unsere Innung in Gesamtheit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angegeschlossen. Mühen sind die Mitglieder der Innung ebenfalls Mitglieder des Arbeitgeberverbandes. Auf Grund dessen teilen wir Ihnen hierdurch folgendes mit: In der Mitglieder-versammlung des Arbeitgeberbundes vom 25. April wurde einstimmig beschlossen, dass alle die Mitglieder, die den Beschläffen hinsichtlich der Aussperrung nicht nachkommen, in eine Strafe genommen werden von 10 M pro Tag und beschäftigten Arbeiter. Diese Strafe tritt vom Tage der Aufforderung an in Kraft. Ferner wurde einstimmig und verbindlich für alle Einzelmitglieder und Ortsverbände ein für allemal beschlossen, dass streikende oder ausgesperrte Arbeiter unter keinen Umständen eingestellt werden dürfen, und dass andererseits etwa versehentlich eingestellte streikende oder ausgesperrte Arbeiter auf Aufforderung seitens der Vorsitzenden der Ortsverbände, des Bundesvorstandes oder des Geschäftsführers sofort wieder zu kündigen und zu entlassen sind. Eine Nichtbefolgung dieser Beschlüsse zieht die in jedem Falle besonders festzusetzende, bereits in den Satzungen vorgesehene Strafe nach sich. Mit Bezug hierauf sind Sie an die Beschlüsse des Arbeitgeberbundes gebunden und ersuchen wir Sie, unverzüglich die bei Ihnen beschäftigten Leute zu entlassen, ansonsten die vom Arbeitgeberbund verhängte, oben erwähnte Strafe im Klagewege einzulegen wird.“

Dieses Vorgehen ist direkt gescheitert. Weder der Arbeitgeberbund noch viel weniger die Zwangsinnung hat ein Recht zu solchen Beschlüssen. Der Minister, der den Innungen erlaubte, sich den Arbeitgeberverbänden anzuschließen, da diese in der Hauptsache „Friedensinstrumente“ seien, sieht ja sehr, in welcher Weise die Innungen das auszunutzen beginnen.

Die Kalkproduzenten wollen ausfinden auch höhere Preise.

In einer Sitzung von Kalkproduzenten und den Vertretern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, die am 21. Mai in Lippstadt stattfand, wurde einstimmig beschlossen, die Mitglieder des Arbeitgeberbundes in ihrem Kampfe mit den Arbeiterorganisationen aufs nachdrücklichste zu unterstützen. Während der Dauer der Aussperrung soll, abgesehen von den besonders festgestellten Ausnahmen, der Verkauf an Händler und Konsumenten nur mit Zustimmung des in Frage kommenden Ortsverbandes erfolgen. Der Arbeitgeberbund wird die notwendige Aushilfsleistung mit den Händlern, die ihm sicher ist, herbeiführen. — Die Kalklieferanten werden bald ihre Entschädigung für die zugefügte „Unterstützung“ fordern.

Die Landwirte sollen den Aussperrungen helfen.

Wo geht der Arbeitgeberbund f. d. B. um Hilfe nicht überall betteln? An die Landwirte verleiht er folgendes Zirkular:

„An die Vertretung der deutschen Landwirtschaft.“

Das deutsche Baugewerbe befindet sich im Kampfe mit den Bauarbeiterorganisationen und hat zur Aussperrung aller (!) den Organisationen angehörigen Arbeiter schreiten müssen. Leider wird auch aus Ihrem Bezirk lebhaft Klage darüber geführt, daß die Herren Landwirte die ausgesperrten Maurer und Bauhilfsarbeiter beschäftigten, hauptsächlich zur Instandsetzung ihrer Gebäude. Dadurch wird unsere Sperre unwirksam gemacht und der Kampf außerordentlich erschwert und die Beendigung deshalb weit hinausgezogen. Die Landwirtschaft hat wohl das allergrößte Interesse daran, daß die Löhne nicht sprunghaft steigen und durch Streiks und Sperren erschwert werden. Was würde wohl ein Landwirt dazu sagen, wenn mitten in der Ernte seine Arbeiter die Arbeit verweigern, höhere Löhne fordern und er die Gewerkschaftsführer erst fragen sollte, ob die Garben abends nach 6 Uhr noch aufgeladen oder das Futter in die Gefäße gefahren werden dürfte. Um ähnliche Fragen handelt es sich; vor allem darum, daß die Arbeitszeit nicht verkürzt wird.

Wir bitten, auf Ihre Mitglieder einzuwirken, daß keine ausgesperrten Bauarbeiter in der Landwirtschaft aufgenommen werden.“

Helfe, was helfen mag.

Die Baumaterialienhändler verlangen ihren Tribut.

Der „Verband der Baumaterialienhändler Deutschlands“ schreibt: „Infolge der an den meisten Orten Deutschlands erfolgten Aussperrung der Bauarbeiter sind die Arbeitgeber und Baumaterialienhändler insofern wieder in nähere Beziehungen zueinander getreten, als die ersteren in den letzteren Bundesgenossen für die erfolgreiche Durchführung der von ihnen getroffenen Maßnahmen zu gewinnen suchen. So ist es in verschiedenen Bezirken auch zu Abmachungen zwischen den beiden Interessentengruppen gekommen, die ein gedeihliches Hand-in-Handgehen beider Verbände bzw. ihrer Zweigvereine erhoffen lassen. In solchen Fällen erachten wir es als eine selbstverständliche Pflicht, daß der organisierte Handel sich auf die Seite der Arbeitgeber stellt. Anders aber ist es dort, wo die Arbeitgeber Einkaufsgenossenschaften gebildet haben und auch sonst auf eine Ausweitung des Handels hinzuwirken bestrebt sind. Dort muß der organisierte Handel erst die Gewähr und bestmögliche Garantie verlangen, ehe er zu der augenblicklich dreimündigen Frage endgültig Stellung nimmt. Er darf aber u. G. dem Arbeitgeberverband nur dann seine Unterstützung gewähren, wenn dieser die Interessen des Handels in Zukunft nicht zu verletzen sich verpflichtet.“

Noch deutlicher wird der „Baumaterialienmarkt“: „Wir stehen jetzt mitten in der Bewegung, die ihresgleichen nicht erlebt hat, und die eine vollständige Umwälzung auf wirtschaftlichen Gebieten hervorruft. Das, was die Arbeiter uns gelehrt, nämlich eine allgemeine Arbeitsniederlegung, bringt auch den nicht mit Energie in den jetzigen Kampf eingetretenen Firmen allmählich das unbedingt notwendige Solidaritätsgefühl zum Bewußtsein, und letzteres zieht immer größere Kreise. Im allgemeinen sind denn auch die Baumaterialienhändler Hand in Hand mit dem Unternehmertum in den Kampf eingetreten und unterstützen denselben durch die Materialsperrung. Wenn auch die Baumaterialienlieferanten sich darüber klar sind, daß es ein eiserneß Müß ist, mitzutun, wenn sie späteren geschäftlichen Unzuträglichkeiten vorbeugen wollen, so schließen sich die Baugeschäfte doch bewußt sein, daß eine Nichtunterstützung durch die Baumaterialienhändler gleichbedeutend wäre mit dem Fiasko der Aussperrung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Baugewerbe gerade jetzt den Händlern großen Dank schuldet. Dieser Dank büßte sich am besten durch Abschluß von Verträgen zeigen, durch die den Baumaterialienhändlern als Hauptvalent für die energische Unterstützung der Bauunternehmer bei Streiks und Aussperrungen treue Bundeschaft und Einhaltung angemessener Preise zugesichert werden. Wenn man auch nicht im allgemeinen die Not des anderen ausnutzen soll, so ist es doch dringend notwendig, die Gelegenheiten, die sich zu benutzen und das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist, namentlich in Anbetracht der in diesen Gegenden Deutschlands seitens des Unternehmertums dem Handel in solchen Fragen an den Tag gelegten Unklarheit. Sämtliche Kollegen sollten überzeugt sein, daß nur jetzt Verträge geschlossen werden können, die Hand und Fuß haben. Das Baugewerbe hat schließlich auch ein großes Interesse daran. Ist doch nichts besser geeignet, die dem Arbeitgeberbund noch nicht angeschlossenen Berufscollegen diesem anzuschließen, als gerade solche Abkommen. Leider macht sich in diesen Gegenden der Hebelstand bemerkbar, daß neue Firmen

entstehen, die die Gelegenheit ausnutzen, und durch Lieferung während der Sperre zu einem recht schwindehaften Handel zu gelangen suchen. Es ist aber dringend erforderlich, wollen wir nicht unsere Geschäfte untergraben, energisch gegen derartige „Gründungen“ Front zu machen und das Weiterbestehen derselben durch Unterbindung der Materialzulieferungen zu verhindern. Die Zeit ist sehr euf, und darum heißt es, sich noch inünger zusammenzuschließen und die ausstehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Der nächste Schritt ist vielleicht der, die streikenden Werke zu bestimmen, nur an organisierte Mitglieder zu liefern. Das ist eine dringend notwendige, aber auch dankbare Aufgabe, ohne deren Lösung ein dauernder Erfolg für beide Teile — Händler und Baugeschäfte — nicht zu erzielen ist. Es läßt sich vieles erreichen, nur gehört hierzu eiserner Wille, der Gesamtheit sowohl, als auch des einzelnen.“

Das sind die „Freunde“ der Bauunternehmer. Sie verlangen für die Unterstützung der Aussperrung höhere Materialpreise, und sie schmieden das Eisen solange es warm ist, d. h. sie nutzen die Not der Unternehmer aus. Fällt dann die Aussperrung trotzdem ins Wasser, und daß wird sie, dann ist der Unternehmer der doppelt Geprüllte.

Unterstützt die Behörde die aussperrenden Bauunternehmer?

Der Westpreussische Arbeitgeberbund f. d. B. teilt dem „Süwitzer Tageblatt“ vom 26. Mai mit:

„Auf persönliche Vorstellung der Vertreter des Landesverbandes für Westpreußen und Posen hat am Montag in Posen der Präsident der Ansiedlungskommission, welche letztere bisher ausgesperrte organisierte Arbeiter auf ihren Bauten beschäftigte, sofortige Abschiede zugesagt.“

Wir werden dafür sorgen, daß diese Frage zu geeigneter Zeit im preussischen Landtag zur Sprache kommt. Dann muß sich ja zeigen, ob der Präsident der Ansiedlungskommission ein Recht dazu hat, oder ob er autorisiert ist, die aussperrungswilligen Unternehmer, die in ihrer Verbindung unser Wirtschaftsleben so ungeheuer schädigen, zu unterstützen. Vorläufig nehmen wir das nicht an.

Staten und der Krieg im deutschen Baugewerbe.

In der italienischen Kammer gab der Unterstaatssekretär im Ministerium des Meisters in bezug auf den Krieg im deutschen Baugewerbe die Auskunft, die italienische Regierung sei der Entwicklung dieser Krise mit Aufmerksamkeit gefolgt und habe am 20. März eine Kundgebung veröffentlicht lassen, um die italienischen zeitweiligen Auswanderer davor zu warnen, sich in Deutschland in einen Konkurrenzkampf einzulassen, wodurch sie die Feindseligkeit der Anstaltigen hervorgerufen würden. In den ersten Tagen des April sei eine zweite Kundgebung veröffentlicht worden, in der bekanntgegeben wurde, daß die Verhältnisse noch immer ernst seien; auch sei eine Mitteilung in demselben Sinne an die Präfekten der Provinzen geschickt worden.

Wie die Bauunternehmer beschwindelt werden.

Der Arbeitgeberbund für Westpreußen verbreitete folgendes Flugblatt (vergl. Leitartikel):

„An sämtliche Baugewerbetreibenden der Provinz Westpreußen.“

Kollegen! Seit 5 Wochen tobt nunmehr bereits der Kampf im deutschen Baugewerbe. Von Tag zu Tag können wir sowohl bei uns in Westpreußen, wie auch im ganzen Deutschen Reich immer noch eine ständige Zunahme der Aussperrung feststellen und von der Gründung neuer Ortsverbände berichten. Durch diese unerwartete Wendung des Kampfes haben sich die Arbeiter immer endlicher gezwungen, die Vermittlung der Regierung anzurufen. Die Verhandlungen werden daher auf Wunsch der Arbeitnehmer und mit Zustimmung des Deutschen Arbeitgeberbundes voraussichtlich am 24. Mai d. J. in Berlin beginnen. Nun heißt es, durch Einsehen aller Kräfte den Sieg für uns zu einem vollständigen zu machen! Kollegen, wer bisher noch abseits unserer Bewegung stand, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um durch tatkräftiges Eingreifen in den Kampf den Sieg zu beschleunigen, aber auch mitzukämpfen! Wer sich daher späterhin nicht selbst bittere Vorwürfe machen will, sein eigenes Interesse nicht rechtzeitig erkannt zu haben, der helfe noch in letzter Stunde mit und schliesse mit dem heutigen Tage ebenfalls seinen Betrieb! Die moralische Wirkung dieses einmütigen Vorgehens noch kurz vor dem Siege wird uns bei den Verhandlungen unschätzbare Vorteile sichern. Tragt darum Mann für Mann dazu bei, Kollegen, die siegreiche Entscheidung im Interesse des deutschen Baugewerbes zu beschleunigen!

Danzig, den 24. Mai 1910. Namens der Westpreussischen Arbeitgeberverbände im Baugewerbe.

Der verstärkte Vorstand des Westpreussischen Landesverbandes der Arbeitgeber im Baugewerbe.

Herzog, Eichhoff, Feinz, Kampmann, Mäner, Riedert, Minister, König, Johs, Schulz.

Herr Herzog scheint ein ganz verlogenes Subjekt zu sein. Durch die Verhandlungen ist ganz behauptung uns richtige Licht gestellt worden. In einer am 24. Mai in Danzig stattgefundenen Arbeitgeberversammlung schwindelte Herr Herzog nach den „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 24. Mai seinen Mitgliedern vor, daß wöchentlich 150 000 bis 200 000 M für Ausfälle der Arbeitgeber durch die Aussperrung zur Verfügung gestellt sind. Dabei muß Herr Herzog wissen, daß überhaupt nur 130 000 M für Unterstützungszwecke bereitstehen. Nur so weiter. Die Früchte werden sich zeigen.



Für den Kampffonds.

Aus den Lokalkassen zur Stärkung der Zentralkasse sandten ein: Teislingen 50 M., Dorfmar 15 M., Dingelstädt 40 M., Vorghorst 15 M., Wilhelmshafen 25 M. Außerdem gingen ein: Vom kath. Männerverein St. Maria in Hannover 100 M., von Geschäftsführern in Borbeck 100 M., vom kath. Gesellenverein Langfuhr 50 M.

Für die ausgesperrten Bauarbeiter gesammelt am Stammtisch beim Wirt Schürmann in Aitena 8 M.



Rundschau.

Schwindelkrankenaffen. Eine Karlsruher Tageszeitung hatte unter dem Stichwort „Ein ungetreuer Bervaller“ einen Artikel gebracht, dessen Tendenz sich gegen die Schwindelkrankenaffen richtete. In dem Artikel wurde einem Herrn Grimm, Direktor der Karlsruher Krankenkasse „Germania“, der Vorwurf einer ungetreuen Kassenverwaltung gemacht. Der Herr „Direktor“ fühlte sich wie das in solchen Fällen auch wo anders üblich ist, über den Artikel schwer „beleidigt“ und reichte gegen den Redakteur Privatklage wegen Beleidigung ein. Der Prozeß fand jetzt statt. Die Beweisnahme ergab über die Geschäftsmethode des Herrn „Direktors“ Grimm ein sehr interessantes Bild. Heute ist er nicht mehr „Direktor“ der Krankenkasse. Die erste Zeugin, die bei dem Mäler als Kontoristin beschäftigt

gewesen ist, sagt u. a. aus, daß der Verwaltungsaufwand sich auf 83 - 90 Prozent belief, so daß für Krankengeld kaum 10 Prozent übrigblieben. Aus den Akten ergibt sich, daß für Porto, Wahlen und Beleuchtung die Ausgaben mehr als doppelt so hoch waren, als für ausbezahltes Krankengeld, Arznei und Apotheke. Auf Befragen gibt die Zeugin zu, daß mit dem von einem Kassierer in Heidelberg eingezogenen Krankengeld (Grimm seine verfehlte Uhr einlöste). Ferner seien wiederholt Darlehen aufgenommen worden, um Krankengelder ausbezahlen zu können. Die Zeugin selbst hat sich einmal angeboten, ihr Köstler zu verlassen, um Geld flüssig zu machen. Ferner sagt die Zeugin aus, daß, wenn kein Geld da war, Mitglieder der Kasse, auch wenn sie angewiesen wurden, weil man mußte, sie gehen nicht in das Krankenhaus und verlieren dadurch den Anspruch auf Krankengeld. Andere Zeugen gaben an, daß, so lange Grimm Vorsitzender war, keine Vorstandsitzung und keine Kassenrevision stattgefunden hat. Während ein Revident ausfragt, daß unter der jetzigen Leitung die Verwaltungskosten geringere seien, als unter dem Vorst. des Herrn Grimm, bekundet der Revisor Theobald vom Bezirksamt, der die erste Revision der Kasse vorgenommen hat, daß die Kasse nicht ganz in Ordnung war, allein eine Lebersticht über die Geschäftszugabe habe sich damals nicht ermöglichen lassen. Ein Kassenbuch sei damals nicht vorhanden gewesen. Aufgefallen sei ihm der hohe Verwaltungsaufwand. Festgestellt wurde weiter, daß im ersten Jahre 10 790 M der Kasseneinnahmen für Verwaltung und nur 1423 M für Krankengelder ausbezahlt wurden. Nach den Plaidoyers der beiden Rechtsanwälte erfolgte der Urteilsspruch, der dahin geht, daß der Redakteur freigesprochen wird und der Privatkläger die Kosten zu tragen hat. In der Begründung wird hervorgehoben, daß der Beweis für die in dem Artikel erhobenen Vorwürfe der Untreue und der Verwendung eines großen Teils der Einnahmen für sich voll und ganz gelungen sei. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Verwaltungsaufwand sei ein schreiend mißliches gewesen. Der Vorwurf der Untreue sei auch bewiesen durch die Tatsache, daß Grimm sich aus Kassenmitteln Stempel zu Privat Zwecken habe anfertigen lassen. Es liege hier eine strafbare Handlung vor. Auch die Beleidigung der gegen den Privatkläger ausgeprochenen Statuten aus Kassenmitteln und die Beleidigung der Kassenfeld., wenn der Gerichtsvollzieher kam, fallen unter den Begriff der Untreue. Der Privatkläger hat sich im Falle der Stempelausschüttung und der Bezahlung der Strafgebühren eine Unterschlagung und strafbare Untreue zuschulden kommen lassen. Alle die Umstände ergeben mit fogischer Notwendigkeit, daß dem Beklagten der Wahrheitsbeweis gelungen sei, und daß der Privatkläger sich der Untreue schuldig gemacht hat. Eine Beleidigung liegt vor; allein dem Beklagten sei der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zuzubilligen. — Es zeigt sich hier wieder, daß man unsere Mitglieder nicht dringend genug vor Schwindelkrankenaffen warnen kann.

Zunehmende Wohnungsnot im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die zunehmende Wohnungsnot im Industriegebiet ist auch aus dem in diesen Tagen herausgegebenen Jahresbericht des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt im Jahre 1909 zu erkennen. In diesem Jahre sind in Groß-Düsseldorf 6025 Wohnräume neu hergestellt worden; der Zuwachs der Bevölkerung durch Zuzug und Geburtenüberschuß belief sich auf 14 507 Seelen. Steht man die Zahl der Personen, die nach der letzten Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 durchschnittlich auf je einen Raum kommen (1,29) als normal an, so hätten im Jahre 1909 nicht weniger als 11 246 Wohnräume statt nur 4025 neu hergestellt werden müssen. Die Bautätigkeit entspricht also nicht entfernt dem Wachstum der Bevölkerung.

Die Sozialpolitik für das Gastwirtschaftsgewerbe will in Zukunft die Gesellschaft für Soziale Reform“ planmäßig zum Gegenstand ihrer Betätigung machen.

In Sachen der Arbeitsvermittlung sollen die Behörden im weitesten Umfange aufgefordert werden, das Personal aller von ihnen abhängigen Gastwirtschaftsbetriebe von gemeinnützigen und paritätischen Arbeitsnachweiser zu beziehen. In Sachen des Arbeiterschutzes und der Anwesenheit des Personals ist bei allen zuständigen Stellen auf eine weit schärfere Aufsicht über die Bundesratsverordnung von 1902 zu dringen. Dringend anzukämpfen ist, daß die Geltung der Bundesratsverordnung auf sämtliche gastwirtschaftlichen Betriebe (auch Kaffee-, Speise-, Wägen-, Wägen-, usw.) ausgedehnt, und daß der Schutz dem gesamten Personal, auch dem ungelernen in Hotels, Wirtschaften und Küchen zuteil wird. In Sachen der Entlohnung sollen die Behörden aufgefordert werden, in den von ihnen abhängigen Gastwirtschaftsbetrieben eine feste Entlohnung des Personals einzuführen.

Das Arbeiterinnenproblem. Die Arbeiterinnenfrage als ein besonderer festumschlossener Teil der großen sozialen Frage nimmt immer schärfere Umrisse an.

Das zeigen eben wieder die in den jüngsten Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1909 enthaltenen Ziffern. Die Zahl der revidierten Fabriken und Anlagen, welche Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigen, ist von 47 705 im Jahre 1908 auf 48 936 im Jahre 1909, also um 1231 gestiegen. Zeigt sich hierin schon eine Zunahme der Arbeiterinnenbeschäftigung, so tritt sie erst recht zutage, wenn man an die Ziffer der Arbeiterinnen selbst herangeht. Während im Jahre 1908 die Ziffer der in den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiter überhaupt 3 019 137 betrug, belief sie sich 1909 auf 3 061 430. Davon waren 1908 erwachsene männliche Arbeiter 2 230 381, Arbeiterinnen über 16 Jahre 560 309, jugendliche Arbeiterinnen 75 093, 1909 dagegen 2 245 843 bzw. 583 948 bzw. 78 467. Es ist also bei der Gesamtarbeiterzahl eine Vermehrung eingetreten von 42 293 = 1,4 Prozent, bei den erwachsenen Arbeitern eine solche von 15 463 = 0,7 Prozent, bei den erwachsenen Arbeiterinnen stellt sich die Zunahme auf 23 639 = 4,2 Prozent und bei den jugendlichen Arbeiterinnen auf 3374 = 4,5 Prozent. Während sich also im Jahre 1909 die Gesamtarbeiterzahl um 1,4 Prozent vermehrte, bei den erwachsenen männlichen Arbeitern um nur 0,7 Prozent, wuchs sie bei den erwachsenen Arbeiterinnen um 4,2 und bei den jugendlichen Arbeiterinnen gar um 4,5 Prozent an. Als Ursache der Zunahme der Arbeiterinnenbeschäftigung wird in der Hauptsache angegeben das große Bedürfnis der Industrie nach Arbeitskräften, das namentlich in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres von neuem wieder einsetzte; daneben ist nicht ganz zu leugnen, daß, wenn auch vorläufig nur in schwachen Maße, dort, wo als Arbeitsband die Frauenhand als die geschicktere sich bewährt, diese die Männerhand zu ersetzen sich ansieht. Letzteres ist vornehmlich der Fall in der Gruppe der Metallverarbeitung bzw. Maschinen-, Werkzeug-, Instrumente- und Apparate. Besonders stark vertreten bzw. in der Zunahme begriffen ist die Arbeiterinnenbeschäftigung in der Textilindustrie, in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel-, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, auf Ziegeleien. Obwohl die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem gestiegenen Bedürfnis nach weiblichen Arbeitskräften recht langsam einsetzte, zeigte sich in den verschiedenen Bezirken schon ein fühlbarer Arbeiterinnenmangel. Alle diese Erscheinungen zusammen genommen lassen die Arbeiterinnenfrage sowohl nach der religiös-moralischen wie sozialen und organisatorischen Seite als ein Problem erscheinen, das das dringende Interesse und die aktive Mitarbeit aller berufenen Kreise verlangt!

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Elbe (Sperre über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Ratingen 6. Dillendorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Hannover (Dachbeder), Sperre über die Firma Rüst und die Hannoverische Bau- und Wohnungs-Gesellschaft, Köln, gesperrt sind die Arbeiter des Bauunternehmers Kurlbaum aus Bonn, Wilmont, Kreil, Schleißheim b. Wülfen (Sperre über das Baugeschäft Ehrlich). Zugang ist ferngehalten.

Bezirk Hannover.

Auch im Königreiche des Herrn Behrens ist die Ausperrung am Abbruch. Zwar kamen vor einigen Wochen noch die Orte Sarstedt, Harsum und Bremerhaven hinzu, eine Verringerung der Zahl der Ausgesperrten trat jedoch nicht ein, im Gegenteil, es sind noch von den Ausgesperrten ein Teil in Stätten wo nicht ausgesperrt war, in Arbeit getreten. Die Unternehmer versuchen alles, um die Ausperrung vollständig zu gestalten. Sie, die am meisten nach Ausnahmefällen schreien, sind es, welche den brutalsten Terrorismus anwenden gegen die Unternehmer, die sich dem Willen des Bundes nicht unterwerfen.

In Binden bei Hannover sind die Unternehmer schon mit Revolvern ausgerüstet. In einem Neubau des Maurermeisters Koch waren einige Maurer als Streikbrecher beschäftigt. Zu der Nähe spielten Kinder, welche nach den Auslagen des Herrn Koch „Hurra“ gerufen hatten, dieses veranlaßte Koch, die Kinder zu verprügeln. Des Weges kommende Arbeiter nahmen die Kinder in Schutz und machten Koch Vorwürfe, wie er die Kinder mißhandeln könne, Koch zog darauf seinen Revolver und feuerte auf die Arbeiter, welche auch beide verletzt wurden. Die hinzugekommene Polizei nahm dem Koch und auch dessen Sohn einen Revolver ab. Wir haben es jetzt in Hannover-Binden also mit einem „Revolver-Koch“ zu tun. Die Arbeitgeberzeitung von der Unterweser schlägt jetzt gerade einen Schein von über die Arbeiter an, auch aus Hannover-Binden wird fleißig geschrieben. Würde dieser Schein nicht auch gut tun, mal solche Sache zu beleuchten? Denn wert sind solche Scheinreden, an den Bräutigam gestellt zu werden.

In Borsum und Dinklar bei Silbesheim haben die Unternehmer die Leute ohne Kündigung entlassen. Da Kündigung bestand, verlangen unsere Kollegen dieselbe auch ausbezahlt. In Borsum ist bereits diese Zahlung zum Teil erfolgt, nur wollen die Unternehmer nicht selber zahlen, der Arbeitgeberverband von Silbesheim soll zahlen. Die Mitglieder dieses Verbandes sagen: „Zahlen mag der, welcher auch die Anweisung gegeben hat, und das ist Herr Wening, uns ist es gleich, wer zahlt“. Jedenfalls zeigt es aber, wie man die Ausperrung eingeleitet hat und wie einig man noch ist.

In Perleth haben wir bekanntlich einen Vertrag, der bis 1. 4. 1911 Gültigkeit hat. Die freien Gewerkschaften hatten nur einen Vertrag bis 1. 4. 1910. Diese wurden denn auch am 16. 4. mit ausgesperrt. Nach einigen Tagen wurde auch ein Teil unserer Kollegen entlassen. Wir machten die Unternehmer auf den Vertrag aufmerksam und bezeichneten ihr Verhalten als Vertragsbruch. Die Unternehmer erklärten, daß sie durch die Materialsperrung die Kollegen nicht hätten beschäftigen können, man wolle aber beim Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbund vorstellig werden, damit das Material soweit freigegeben würde, daß sie den Tarif auch halten könnten. In einer späteren Verhandlung wurde uns erklärt, die Bundesleitung in Essen habe es abgelehnt, die Materialsperrung für unsere Mitglieder freizugeben. Damit ist also bestätigt, daß die Bundesleitung „Frei und Schmiedehaus“ die Herforder Unternehmer zum Vertragsbruch zwingen, und dennoch kämpfen die Herren mit „noblen“ Waffen. Die größten Verträge gegen Treu und Glauben gehören bei diesen Leuten zur sachlichen Kampfesweise.

In Hannover verjuchte man Holländer als Arbeitswillige für Betonarbeiten heranzuziehen. Dieselben wurden durch einen Tiefbau-Unternehmer Weddenburg aus Haren a. d. Ems hierhergebracht. Der Meddenburger kam mit den Leuten direkt ins katholische Gesellenhaus. Er konnte ja auch nicht wissen, daß wir dort unser Ausperrungsbüro haben, und daß auch am selben Abend im selben Lokale unsere Mitgliederversammlung stattfand. Wir aber konnten die Holländer gleich unterrichten und dampften dieselben am andern Tage wieder ab. Bei der Eisenbahn werden einige neue Unterführungen gemacht. Hier sind die deutschen Arbeiter ausgesperrt; nur Italiener arbeiten weiter. Man sieht wirklich, wie unsere Behörde den Schutz der nationalen Arbeit auslegt.

Al das kann den Kampfesmut unserer Kollegen nicht beeinträchtigen. Auch das anonyme Inserat im „Hannoverschen Anzeiger“ nicht. Dazu sind die Schwindereien des Arbeitgeberbundes viel zu genau bekannt.

Bremen. Die hiesigen Unternehmer lehnten bekanntlich die Ausperrung in mehreren Versammlungen ab. Der Vorstand des Bundes der Baugeschäfte trat darauf mit den Arbeiterorganisationen in Verhandlungen. Dieselben wurden auf der Grundlage des alten Bremer Vertrages geführt. Nach zweitägigen Verhandlungen einigte sich die Verhandlungskommission wie folgt: die Arbeitszeit bleibt wie bisher täglich 9 Stunden; der Lohn, der bisher 65 Pf. für Maurer und Zimmerer und 50 Pf. für Bauarbeiter betrug, wird wie folgt erhöht: am 1. Juli 1910 2 1/2 Pf. für Bauarbeiter, am 1. Oktober 1910 2 1/2 Pf. für Maurer, Zimmerer und Arbeiter. Für alle drei Berufe erhöht sich der Lohn dann nochmals am 1. April 1911 und am 1. April 1912 um je 2 1/2 Pf. Dieses Angebot wurde von den „freien“ Maurern und Zimmerern, sowie von unseren Kollegen angenommen. Die „freien“ Bauarbeiter lehnten es ab, weil dieselben 2 Steine in jeder Tracht mehr tragen sollten. In einer späteren Versammlung stimmte man dem Vorschlag zu, die bisherige Zahl der Steine beizubehalten und der Steigerung des Lohnes wie bei Maurern und Zimmerern zuzustimmen. Die Unternehmer lehnten allerdings in der Versammlung alles ab, man will jedoch noch einmal Stellung dazu nehmen. Hoffentlich werden die Unternehmer sich dann eines besseren bedacht haben, denn sie glauben doch nicht, daß sie auf anderem Wege besser wegkommen.

Heiligenstadt, den 28. Mai 1910. Die Arbeitgeber von Heiligenstadt haben heute, unter dem Druck der Bundesleitung, ihre sämtlichen organisierten Arbeiter ausgesperrt. Die organisierten und Mitglieder der katholischen Fachabteilungen (St. Petrus) werden weiter beschäftigt. Von der Ausperrung werden nur Mitglieder unseres Verbandes betroffen. Ein Herzenswunsch der Arbeitgeber ist es, daß die Kollegen aus dem Verbande austreten sollen und sich dem kath. Arbeiterverein (St. Petrus) anschließen möchten. Die Unternehmer Heiligenstadts werden ihren Streich teuer bezahlen müssen, das bezweifeln wir ihnen jetzt schon. Billig wird's ihnen nicht.

Bezirk München.

Die vom Bund am grünen Tische proklamierte Ausperrung, die jetzt in die febrile Woche geht, ist im Bereiche des südbayerischen Arbeitgeberverbandes f. b. B., dem engeren Wirkungsbereich des „großen“ Fellermeier, sehr verheerend durchgeführt. Der Schlachtruf: „Zahlung der Gewerkschaften für den organisierten Bauarbeiter und Wiedererlangung der unbefristeten Herrschaft auf der Baustelle“, hat in Verbindung mit der fetten Ente von der 5-Millionen-Mark-Spende fetter der Industriellen bei einem Teil Ortsverbände zünftiger

Baugewerkschaften in Südbayern eine gesteigerte Kampfeslust ausgelöst. Diese „Erschanden“, so in Anbau, Kempten, Memmingen, Landsbut und mehreren kleineren Orten in der Umgebung Rosenheims, wo für die Maurer und Bauhilfsarbeiter bis jetzt kein Tarifvertrag bestanden hat und neuerdings auch kein solcher angestrebt wurde, haben unter Würdigung der Ziele ihres „Klubs“ Fellermeier (von der „Berliner Zeit am Mittwoch“ der „bayerische Löwe“ genannt) sich ebenfalls von dem Ausperrungsbüro bereuen lassen und machen diesen, wenn auch in Miniatur, mit. Wieder andere, so in München weit über die Hälfte, und die in den Bezirksverbänden von Mühldorf a. I. und Freising vereinigten Bauunternehmer haben sich den Ausperrungsbeschlüssen nicht zu eigen gemacht, sondern sie lassen weiterarbeiten. Das dadurch bedingte hünte Durcheinander, sowie das plötzliche Verschollensein des „Hauptlings“ Fellermeier, der aber jetzt wieder am Horizont, wenn auch im Norden, sichtbar sein soll, hat im Unternehmertum große Verwirrung angerichtet.

Ingolstadt. Die am 15. April mit großem Tamtam und zahlreichen bezahlten „Aufklärungen“ seitens der Bauunternehmer eingeleitete Ausperrung hat ihren Höhepunkt schon längst überschritten. Nicht nur, daß ein großer Teil unserer ausgesperrten Kollegen in der Umgebung wieder in Arbeit getreten ist, haben schon vor Wochen einige Unternehmer der Ausperrung den Garauß bereiten wollen, indem sie mit den von ihnen ausgesperrten Arbeitern die Arbeit wieder beginnen wollten. Dies mußten jedoch die Handlanger des Scharfmacherhaupts Fellermeier zu hinterziehen. Aber dies war nur von kurzer Dauer. Trotz aller Beschuldigungen und Verschönigungsversuche ist dem Zimmermeister Bauer (eine der größten Firmen am Platze) die Kammergebäude gerissen. Derselbe hat am 19. Mai seinen Betrieb im vollen Umfange wieder geöffnet.

Kempten. Der Zimmermeister Boeck, der die Ausperrung mit einleitete, hat seit einigen Wochen seine sämtlichen von ihm ausgesperrten Zimmerer wieder in Arbeit genommen. Als Gegenäquivalent verlangten die Zimmerer eine Lohnerhöhung, die er auch in Höhe von 2 Pf. pro Stunde bewilligte.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 5. Juni der vierzehnte Wochenbeitrag fällig ist.

Kreuzendorf. Am 16. Mai fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die von circa 45 Kollegen besucht war. Als Redner war Kollege Pfeffer aus Breslau anwesend. Er referierte über den Kampf im Baugewerbe und legte uns den ganzen Ernst der Sache recht klar auseinander und meinte, daß, wenn wir in diesem verhängnisvollen Kampfe nicht Sieger bleiben, unsere Organisation mit ihren bisherigen Errungenschaften um 10 Jahre zurückgeworfen wird. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen eindringlich, daß die wöchentlichen und die Streikbeiträge immer pünktlich gezahlt werden, denn was einmal Beschluß der Generalversammlung ist, muß auch unverändert durchgeführt werden. Danach hatten wir noch einen neuen Verwaltungsausschuss zu wählen, da der bisherige den Posten niederlegte. Es wurde der Kollege Bernhart Geslot einstimmig gewählt, der diesen Posten auch annahm. Beim Revidieren der Mitgliedsbücher stellte es sich heraus, daß einige Kollegen noch mit den Beiträgen im Rückstand waren, es wurde ihnen erklärt, daß sie das sofort nachzahlen müssen. Hauptsächlich die Hauskassierer wurden dazu ermahnt, doch dafür Sorge zu tragen, daß die Mitglieder immer pünktlich und prompt bedient werden, damit solche Unregelmäßigkeiten in Zukunft nicht mehr vorkommen. Danach wurde die Versammlung geschlossen. Kollege von Kreuzendorf und Umgegend, wir stehen noch in unserer gegen eine großen Anzahl inorganisierten gegenüber, sorge ein jeder dafür, daß auch der letzte Indifferente bald unseren Reihen beitrete, denn nur darauf können wir unsere Zukunft aufbauen.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der christliche Metallarbeiterverband hat auch im Jahre 1909 in finanzieller Hinsicht eine sehr gute Entwicklung genommen. Das geht aus dem in Nr. 14 des Verbandsorgans ersetzten Kassenbericht für das Jahr 1909 mit aller Deutlichkeit hervor. Das Vermögen des Verbandes betrug am Jahresanfang 891 237 M. Bei der Hauptkasse ist der Vermögensbestand im Jahre 1909 um 182 431 M. gestiegen, während beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ein Rückgang von 109 342 M. zu verzeichnen war. Der christliche Metallarbeiterverband hatte eine Gesamtsumme von 675 931 M. gegen 674 374 M. in 1908. Ausgaben standen demgegenüber in Höhe von 537 641 M. gegen 546 661 M. im vorhergehenden Jahre. An Gewerkschaftsunterstützung wurden ausgezahlt: 131 390 M. bei Krankheit und 54 874 M. bei Arbeitslosigkeit. Die Streit- und Maßregelungsunterstützung war im Jahre 1909 infolge der Krise nicht erheblich, sie betrug 33 185 M. Auf die übrigen Unterstützungen, wie Reise-, Umzug-, Rechtschutz-, Notfall- und Sterbegeld entfallen 19 908 M. Wenn in Erwägung gezogen wird, daß die wirtschaftliche Krise im Jahre 1909 noch sehr auf das gewerkschaftliche Leben einwirkte, so kann der christliche Metallarbeiterverband mit der Entwicklung seiner finanziellen Verhältnisse zufrieden sein. Pro Kopf der 24 002 Mitglieder des Verbandes sind in der Hauptkasse 35,11 M. vorhanden, gegenüber dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband mit 3,74 M., also mehr als das Vierfache. Eine Organisation, die auf so gesunde Kassenverhältnisse sich stützen kann, wie der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands, bietet ihren Mitgliedern im Wirtschaftsleben einen sicheren Hort. Deshalb muß es die Aufgabe der nächsten Zukunft sein, den christlichen Metallarbeiterverband mit Aufwendung aller gegebener Mittel vor allem zu stärken durch Zuführung größerer Mitgliederzahlen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Wieviel Beamte hat Deutschland? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht leicht, schreibt der „Reichssozialbeamte“. Rechnet man die Angestellten der Post, der Eisenbahn, des Heeres, die Angestellten des Hof-, Staats-, Gemeinde-, Kirchen- und Schulwesens nebst ihren Familienangehörigen usw. zusammen, so kommt die Summe von ungefähr fünf Millionen Köpfen heraus. Da indessen in dieser Ziffer noch nicht alle staatlichen usw. Angestellten enthalten sind, so kann man annehmen, daß etwa der zehnte Teil der Gesamtbevölkerung (die Angehörigen bezugnehmend) mit rund sechs Millionen zum öffentlichen Dienst oder berufenen gehört.

Die Postverwaltung gegen den Alkohol. Die Oberpostdirektion Stettin hat an die Landratsämter die Bitte gerichtet, die Landbevölkerung dahin aufzuklären, daß die den Landbriefträgern oft zugehörige Festigung in alkoholischen Getränken tatsächlich keine Erfrischung sei. Die Oberpostdirektion führt aus, daß sowohl die Gesundheit der Beamten, wie auch der Dienst darunter leidet.

Von den Arbeitsstellen.

Berlin, den 28. Mai. Ein schwerer Baunfall bei dem leider mehrere Arbeiter tödlich verunglückten, ereignete sich heute früh in der Alexandrinenstraße gegenüber dem Wopalast. Dort wird seit einigen Tagen von der Abbruchunternehmerfirma Bauindustrie, G. m. b. H., das vierstöckige Alexandrinenstraße 26, der Metallwarenfabrik von Baer Stein dort gehörig, abgebrochen. Der Abbruch war noch nicht weit vorgeschritten, nur das Dach war mit den Stiebeln niedergelegt worden. Heute sollte mit dem vierten Stock begonnen werden. Die Arbeiter hatten sich schon früh um 5 Uhr eingefunden und begannen gleich die Arbeit. Sie fingen an dem Dachgestirn an. Dieses gab aber, kaum als sie damit begonnen hatten, in seiner ganzen Ausdehnung plötzlich unter der Last der Arbeiter nach und alle sieben Arbeiter die dort oben beschäftigt waren, stürzten mit dem großen Gefälle nach dem Bürgersteig, auf das ebener Erde angebrachte Schutzgerüst für das Publikum. Derselbe wurde vollständig zertrümmert. Dichte Balken von dreißig Zentimeter Stärke waren mehrfach gebrochen. Die sofort alarmierte Feuerwehr war unter Leitung des Branddirektors Reich schnell zur Stelle. Mit Hilfe der übrigen Arbeiter wurden die sieben Arbeiter unter den Trümmern hervorgeholt und sämtlich nach dem städtischen Krankenhaus am Urban gebracht. Zwei der beiden Arbeiter Gustav Mercier und Hans Karstke beide Christianstraße 114 wohnhaft, waren bereits tot. Die übrigen 5 haben schwere Verletzungen am ganzen Körper, Bein- und Rippenbrüche, Schädelverletzungen, Verstauchungen der Wirbelsäule usw. erlitten. Es sind dies: M. Müller, W. Preuß, E. Finken, M. Grochowski und W. Grünmache. Die übrigen Arbeiter sind mit dem Schrecken davongelommen. Der Postler M. Mercier, Vater des Gustav Mercier, der sofort tot war, kam um 6 Uhr an die Unfallstelle, als das Unglück schon geschehen war. Die Feuerwehr räumte die Trümmer von der Straße fort und übergab die von einer großen Menge umlagerte Stätte dann der Polizei. Mittags erschien eine Untersuchungskommission zur Aufnahme des Tatbestandes und zur Ermittlung der Schuldigen.

Dem Polizeibericht entnehmen wir noch folgende Einzelheiten: Das Unglück ereignete sich um 5 Uhr 10 Minuten, nachdem die Arbeit erst 10 Minuten aufgenommen war. Während 10 Mann auf dem Dachgestirn der Vorderfront standen und mit der Spitzhacke arbeiteten, neigte das Mauerwerk plötzlich nach vorn über und stürzte in einer Höhe von etwa einem halben Meter mit den Arbeitern auf den Bürgersteig hinab. Ein Mann fand noch Zeit hinabzuspringen. Er kam mit ungeschicklichen Verletzungen an Armen und Beinen davon, weil er gerade an einen weichen Schutthaufen fiel. Die anderen neun schlugen auf den Bürgersteig auf und wurden unter dem mitstürzenden Gestein begraben. Die Feuerwehr holte die Verunglückten unter dem Schutz hervor und die Polizei des 30. Reviers brachte alle zehn mit Droschken nach dem Krankenhaus am Urban. Die Ursache des Unfalls liegt wahrscheinlich darin, daß die Frontmauer des Dachgestirns nicht genügend verankert war. Die Liste der Verunglückten ist nach dem „L.-M.“ folgende: Gustav Mercier, Christianstraße 114, 18 Jahre alt, Schädelbruch und innere Quetschungen; nach der Vergangung auf der Unfallstelle gestorben. Franz Karsten, Christianstraße 119, 24 Jahre alt, schwere Kopfverletzung, Arm- und Beinbrüche, innere Verletzungen; kurz nach der Entlassung im Krankenhaus gestorben. — Louis Stenzler, Schulstr. 115, 38 Jahre alt, schwere Kopf- und innere Verletzungen, Arm- und Beinbrüche, Paul Grünmache, Kappelallee 40, 24 Jahre alt, Schädelbruch, Arm- und Beinbrüche, Quetschungen des Unterleibes. Johann Mirzwa, Waldstr. 95, 27 Jahre alt, schwere Kopf- und Unterleibsverletzungen, Rippen-, Arm- und Beinbrüche. Otto Fieseler, Langestr. 87, 25 Jahre alt, Schädelbruch, Arm- und Beinbrüche, Quetschung des Brustkastens, Verletzungen an der Wirbelsäule. Peter Grochowski, Köpcke Straße 3, 34 Jahre alt, Schädelbruch, Beinbrüche, Quetschungen an Brust und Händen. Karl Preis, Verlichingstr. 15, 28 Jahre alt, leichte Verletzungen an den Beinen. Das Befinden der Verunglückten Grünmache, Stenzler, Grochowski, Mirzwa und Fieseler ist so bedenklich, daß ihr Ableben stündlich zu befürchten ist. Der verstorbene Karsten war, ebenso wie der im jugendlichen Alter stehende Mercier, unverheiratet. Außer Grünmache, der gleichfalls ledig ist, sind die übrigen Verletzten sämtlich verheiratet und haben zum Teil eine zahlreiche Familie zu ernähren.

Bekanntmachungen.

Für unsere evangelischen Kollegen Berlins!
Kursus für Rekruten. Der Kreisverband Berliner Junglingsvereine beginnt in einigen Wochen einen Kursus für Rekruten. Der Kursus bezweckt die Einführung der ausgedehnten jungen Leute in die Grundbegriffe des militärischen Denkens und Handelns, sowie eine innere Festigung gegenüber der besonderen Gefahren des Soldatenlebens. Angesichts der planmäßigen Verheerung der Rekruten durch die Sozialdemokratie kommt der Kursus einem dringenden Bedürfnis entgegen. Alle jungen Männer, die im Herbst Soldat werden müssen oder im militärischen Alter stehen können kostenlos an dem Kursus teilnehmen und werden gebeten ihre Adressen an den Kreisverband der Junglingsvereine und christlichen Vereine junger Männer, Berlin, Sophienstraße 19, einzuschicken. Von dort erhalten sie nähere Auskunft.

Aufforderung.
Wer den Aufenthalt des Maurers Josef Dümmerling aus Kleinluder, Buch-Nr. 140 338, des Maurers Karl Döring, geboren am 15. Mai 1887 zu Stöckhau in Hesse, und des Maurers Robert Wichoda, Buch-Nr. 165 688, geboren zu Weidenthal, Kreis Ratibor (Obereschlesien) kennt, wird gebeten, die Adresse derselben an Karl Janz, Hagen i. W., Börnerstraße 17, einzuschicken. Die drei Genannten werden aufgefordert, ihre Verpflichtungen gegenüber der Verwaltungsstelle Hagen i. W. zu erfüllen.

Sterbetafel.
Am 1. Mai starb unser Kollege Jos. Gotsch, Zahlstelle Zabrze.
Am 13. Mai starb der Kollege Kornelius Weirich im Alter von 49 Jahren nach einem Krankenlager von 1 1/2 Jahren an Magenkrebs. Zahlstelle Posenfeld.
Am 20. Mai starb unser langjähriger Mitglied, der Maurer Georg Osburg im Alter von 26 Jahren an Lungenleiden. Derselbe war ein eifriger Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle. Zahlstelle Westhausen.
Am 27. Mai starb unser Mitglied Friedrich Siekmann an Lungenentzündung. Zahlstelle Warenburg.
Am 28. Mai starb unser treues und eifriges Mitglied Wilhelm Mühlen im Alter von 25 Jahren in Bad Lippzinge infolge eines Lungenleidens. Zahlstelle Gattungen und Albgau.
Ehre ihrem Andenken!